
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHARDT-SAUER: FREIE DEMOKRATEN FORDERN FREIBETRAG BEI DER GRUNDERWERBSTEUER

02.06.2022

- **Ampel-Koalition will rechtliche Grundlagen schaffen**
- **Freibetrag kann über Finanzierbarkeit entscheiden**
- **Gestiegenes Grunderwerbsteueraufkommen ermöglicht Entlastung der Bürger**

Die Freien Demokraten im Hessischen Landtag setzen sich für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer ein und haben dazu einen entsprechenden Antrag in die heutige Plenardebatte eingebracht. „Wohneigentum ist Ausdruck und Entfaltung der individuellen Lebensvorstellung, schützt vor steigenden Mieten und trägt damit wesentlich zur Altersvorsorge bei. Der Traum von den eigenen vier Wänden ist aber für die meisten nur noch mit einer langfristigen Verschuldung zu realisieren, wobei die Grunderwerbsteuer ein nicht unerheblicher Faktor ist“, erklärt Marion SCHARDT-SAUER, haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion. Konkret fordern die Freien Demokraten bei Erwerb einer selbst genutzten Immobilie einen Freibetrag von 500.000 Euro. „Wer diesen Freibetrag voll ausschöpft, spart beim Kauf 30.000 Euro - das ist für die meisten Menschen mehr als ein Netto-Jahresgehalt und kann den Unterschied ausmachen, ob sich der private Käufer seine Traum-Immobilie leisten kann oder nicht.“ Die Ampel-Koalition im Bund hat angekündigt, die rechtlichen Voraussetzungen für einen auf Landesebene umzusetzenden Freibetrag zu schaffen.

Schardt-Sauer ergänzt: „Das Steueraufkommen aus der Grunderwerbsteuer ist mit den Immobilienpreisen durch die Decke gegangen. In den vergangenen zwölf Jahren hat sich das Steueraufkommen für Hessen aus der Grunderwerbsteuer fast verfünffacht. Gleichzeitig ist die Anzahl der Immobilienverkäufe in Hessen rückläufig. In

der logischen Konsequenz ist daher eine Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger überfällig.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de